

Zu Nr. 288/I, K. N. V.

138

Anfragebeantwortung des Staatssekretärs für Justiz.

Die Abgeordneten Allina, Pick und Ge-
nossen haben in der 60. Sitzung der Konstituierenden
Nationalversammlung vom 13. Februar 1920 an
mich die Anfrage gerichtet, ob die Staatsregierung
gewillt ist, analog den für Staatsangestellte erlassenen
Bestimmungen gesetzliche Verfügungen zu treffen,
durch welche das erektionsfreie Existenzminimum
der Privatangestellten auf mindestens 6000 K hinauf-
gesetzt wird und die ihnen gebührenden Teuerungszu-
lagen der Erektion gänzlich entzogen werden.

Auf diese Anfrage beehre ich mich, folgendes
zu erwidern:

Die erektionsrechtlichen Schutzbestimmungen
zugunsten der Angestellten sind nach dem System
unseres Gesetzes derart aufgebaut, daß ein gewisser
Teil der Bezüge, der bei den öffentlichen Beamten
im Verhältnisse zum ganzen Bezug und überdies
absolut, bei den Privatangestellten aber nur absolut
festgesetzt ist, dem Bediensteten unter allen Umständen
frei bleiben muß, während der Rest dem Zugriff
des Gläubigers offen steht. Jede Bezugserhöhung
verbessert also, wenn einmal der unbedingt erektions-
freie Betrag überschritten ist, die Stellung des
Gläubigers, indem der auf ihn entfallende Anteil
eine Vergrößerung erfährt. Darin liegt wohl keine
materielle Schädigung des Angestellten, weil er nur
zur rascheren Abstattung seiner Schuld genötigt wird,
es widerspricht aber doch den bei der Gewährung
der Bezugsaufbesserung vorwaltenden Absichten,
wenn der Mehrbezug nicht zur Deckung der ver-
mehrten Kosten der Lebensführung verwendet werden
kann, sondern ganz oder zum Teile der Schuldentilgung
zugeführt wird. Besonders groß ist diese
Gefahr für die Privatangestellten, die einer quotativen
Beschränkung des der Erektion unterliegenden Be-
trages entbehren. Die Regierung hat sich daher

bereits zweimal veranlaßt gesehen, die seinerzeit mit
den grundlegenden Gesetzen aus den Jahren 1873
und 1882 bestimmten Erektionsgrenzen den mit der
Geldentwertung steigenden Bezügen anzupassen, und
zwar mit dem Gesetze vom 17. Mai 1912, R. G. Bl.
Nr. 104, das das Existenzminimum für Aktivitäts-
bezüge von 1600 K auf 2000 K und für Ruhe-
genüsse von 1000 K auf 1200 K erhöhte, dann
durch die Gesamtministerialverordnung vom 30. No-
vember 1917, R. G. Bl. Nr. 461, die eine weitere
Erhöhung auf 3000 K, beziehungsweise 1800 K
aussprach. Die Entwicklung der letzten Zeit mit ihren
sprunghaft in die Höhe geschnehten Gehaltsbezügen
ließ auch diese Vorsorgen unzulänglich erscheinen
und das Staatsamt für Justiz faßte daher schon
im Herbst des vorigen Jahres eine neuerliche
Hinaufsetzung der Erektionsgrenzen ins Auge.
Das Staatsamt für Justiz wollte diese Gelegen-
heit aber zugleich dazu benutzen, um der schon seit
langem aufgestellten Forderung nach einer umfassenden
Neuregelung der Gehalts- und Lohnbeschlagsnahme
näher zu treten. Dieses ganze Gebiet, von vorn-
herein in einer Anzahl von Gesetzen zerstreut, hat
im Laufe der Jahre durch die zahlreichen Sonder-
vorschriften jede Übersichtlichkeit eingebüßt, so daß
der praktischen Rechtsanwendung erhebliche Schwierig-
keiten erwachsen. Auch sind einige Mängel zutage
getreten, die sich nur bei einer grundlegenden Er-
neuerung des ganzen Stoffes beseitigen lassen.
Der Entwurf des Staatsamtes für Justiz, zu dem
die Vorarbeiten bereits weit gediehen waren, sollte
dann die Unterlage für Beratungen zwischen den
Staatsämtern bilden und selbstverständlich sollten
auch die Vertreter der Beamtenorganisationen vor
der endgültigen Fassung zu Worte kommen. Anderer-
seits schien es zweckmäßig, den Abschluß der eben
im Zuge befindlichen Gehalts- und Pensionsreform

abzuwarten, um endlich zu Ansätzen zu gelangen, die halbwegs Dauer versprochen. Eine besondere Dringlichkeit vermochte das Staatsamt für Justiz der Aktion deshalb nicht zuzuerkennen, weil durch die heute noch in Geltung stehenden kaiserlichen Verordnungen vom 8. Februar 1916, R. G. Bl. Nr. 32, und vom 22. März 1916, R. G. Bl. Nr. 76, den Teuerungszulagen die volle Exekutionsfreiheit zuerkannt worden ist, und zwar nicht nur, wie die geehrten Herren Anfragersteller irrigerweise annehmen, den für öffentliche Angestellte bestimmten Teuerungszulagen, sondern auch den Teuerungszulagen aller Privatbediensteten. Dies ist in der zweiten kaiserlichen Verordnung wortwörtlich ausgesprochen. Solange also die Teuerungszulage die Form war, in der die Erhöhung der Bezüge gewährt wurde, war der Angestellte durch das Gesetz ohnehin geschützt, eine ungünstige Wirkung wäre für ihn erst in dem Augenblick und in dem Maße zu befürchten, als der Prozeß der Einbeziehung der Teuerungszulage in die ständigen Dienstbezüge einzusetzen sollte. Eine solche Entwicklung ist, da ein Abbau der Teuerungszulagen sich wohl schon jetzt als unmöglich herausgestellt hat, sicher zu erwarten und sie ist durch das Besoldungsübergangsgesetz und die übrigen im Zusammenhange damit erlassenen Gehaltsgesetze für die unter diese Vorschriften fallenden öffentlichen Angestellten bereits zum Teil vollzogen. Deshalb war für diese Gruppe von Angestellten eine sofortige Vorsee erforderlich, die mit der Vollzugsanweisung vom 5. Jänner 1920, St. G. Bl. Nr. 17, getroffen wurde. Für die übrigen öffentlichen Angestellten und für alle Privatangestellten

ist es bis jetzt dabei verblieben, daß jener Teil der Bezüge, der zum Ausgleich der Teuerung bestimmt ist, in aller Regel der Exekution gänzlich entzogen ist. Der Dienstgeber hat es in der Hand, durch eine zweckentsprechende Einteilung einen angemessenen Teil der seinem Bediensteten zugedachten Mehrbezüge ihm auch wirklich zu erhalten. Darin dürfte wohl auch die auffallende Erscheinung ihre Erklärung finden, daß von keiner einzigen Beamtenorganisation das Verlangen nach Heraushebung der Exekutionsgrenzen gestellt wurde. Vielleicht hat noch die Erwägung mitgespielt, daß jede Beschränkung der Exekution auf die Bezüge die Kreditfähigkeit des Beamten herabdrückt und daß den Angestellten an der ungeschmälernten Erhaltung ihrer Kreditfähigkeit gerade in dieser Zeit viel gelegen sein muß. Jedenfalls ist ein dringendes Begehren nach einer Änderung der gesetzlichen Bestimmungen bisher nicht festzustellen gewesen. Die Regierung ist sich gleichwohl dessen bewußt, daß eine Reform in dem von den Herren Antragstellern angedeuteten Sinne nicht aufzuhalten ist und sie hofft, die Arbeiten für den früher erwähnten allgemeinen Entwurf, dessen Richtlinien durch die Vollzugsanweisung vom Jänner 1920 gekennzeichnet sind, in naher Zeit zum Abschlusse bringen zu können. Zur Erlassung eines besonderen Gesetzes über die Exekutionsfreiheit der den Privatbediensteten gebührenden Teuerungszulagen ist im Bestande der früher genannten kaiserlichen Verordnungen kein Anlaß.

Wien, 22. April 1920.